



**Apfelbaum braucht  
Wurzelraum**

## Wahlprüfsteine

### **Seit 1998 Kampf gegen den Ausverkauf von wertvollen Grünflächen in Hamburg!**

Hamburg bietet seinen Bewohnern bisher dank seiner Parkanlagen, Kleingartenkolonien und Elbwanderwege eine hohe Lebensqualität. Diese Qualität zieht auch viele Menschen an, die in dieser grünen Großstadt leben wollen. Seit fast 50 Jahren werden Hamburgs Grünflächen jedoch immer mehr vernichtet und als Bauland an Investoren verkauft. Als stets wiederkehrendes Argument wird vom Hamburger Senat die aktuelle Wohnungsnot genannt.

Doch wie werden die vielen Menschen und vor allem die Kinder, für die diese Wohnungen gebaut werden, in 10 oder 20 Jahren in Hamburg leben? Immer noch in einer grünen Großstadt mit Lebensqualität? Oder in einer Betonwüste ohne Erholungs- und Bewegungsflächen?

### **Alarmierendes Defizit an wohnungsnahen Freiräumen**

Eine Versorgungsanalyse der Behörde für Stadtentwicklung von 1997 weist erhebliche Defizite bei wohnungsnahen Freiräumen für Altona-Altstadt, Altona-Nord und Ottensen nach und bescheinigt eine hohe Dringlichkeit für die Freiraumversorgung.<sup>1</sup> Seitdem hat sich viel verändert, und zwar zum Negativen – das Defizit ist erheblich gewachsen! Der Verbrauch von Grün- und Freiflächen hat sich in den vergangenen zehn Jahren in Hamburg verdoppelt, jährlich wird in Hamburg etwa die zweifache Fläche der Außenalster bebaut und versiegelt.

### **Jahrzehntelanger Ausverkauf von wertvollen Kleingartenflächen in Altona**

Bereits Anfang der 70er Jahre fielen Hunderte von Kleingärten dem Bau der A7 zum Opfer. Und die einstige Gartenstadt Altona – geprägt von den Stadt- und Landschaftsplanern Gustav Oelsner und Ferdinand Tutenberg – soll nach dem Willen der Politik immer weiter an Substanz einbüßen. Seit 2007 plant und verwirklicht der Hamburger Senat im Zuge des Deckelbaus für die A7 weitere 560 der hundert Jahre alten Kleingärten am Volkspark und am Rande von Ottensen als begehrte Verwertungsfläche zu verkaufen und bebauen zu lassen. Hier geht es um ganze 35 Hektar Grün-, Sport- und Erholungsflächen! Die Bebauung der Grünflächen wird für die Bewohner und Bewohnerinnen der extrem dicht besiedelten Stadtteile Ottensen,

<sup>1</sup> Quelle: Versorgungsanalyse für wohnungsnaher, siedlungsnaher und übergeordneter Freiräume Stadtentwicklungsbehörde Hamburg, 1997.

Bahrenfeld und Altona-Altstadt einen weiteren einschneidenden Verlust an Lebensqualität bedeuten.

### **Aktuelle Situation im Ringen um Altonas Kleingärten**

Die Initiative „Apfelbaum braucht Wurzelraum“ (AbW) kämpft seit 1998 für den Erhalt dieser betroffenen Kleingärten und für den Schutz wertvoller Grünflächen und Kleingärten in ganz Hamburg. 2008 hat sie mit fast 9000 Unterschriften erfolgreich ein **Bürgerbegehren** erwirkt. Dieses hat der damalige schwarz-grüne Senat 2009 **per Evokation ausgehebelt**. Die Politiker warfen den Kleingärtnern „egoistische Partikularinteressen“ vor.

Seit 2017 besteht nun für die von der A7- Deckelplanung beanspruchten Kleingärten ein **Vertrag** zwischen dem Landesbund der Gartenfreunde, dem Verein Heimgartenbund Altona und der Stadt Hamburg, der die **Existenz dieser Gärten sichern** soll, bis sogenannten „Ersatzflächen“ für die Kleingärten auf dem zukünftigen A7-Deckel zur Verfügung stehen.

Aktuell sind diese Kleingärten jedoch in einem völlig neuen Zusammenhang wieder als günstige Bauflächen im Gespräch. Diesmal werden sie u.a. von der **Hamburger Schulbehörde** beansprucht, die völlig überraschend einen akuten Bedarf an neuen Schulen in Altona festgestellt hat. In dem bis September 2019 gültigen Schulentwicklungsplan von 2012 wurde dieser Bedarf nicht genannt.

Nach den Vorstellungen der zuständigen Behörden sollen zwei neue Schulen auf Altonas hundert Jahre lang gewachsenem Kleingarten-Areal an der Behringstraße und am Schwengelkamp nahe der A7 entstehen. Der bereits erwähnte Vertrag von 2017 spielt für die Planer dabei überhaupt keine Rolle. Völlig außer Acht gelassen wird von ihnen auch, dass Flächen für einen Schulneubau an viel geeigneterer Stelle durchaus zur Verfügung stehen (z.B. an der Gasstraße). Die Verkehrssicherheit von Kindern und Jugendlichen, die in direkter Nähe zum Autobahnzubringer Behringstraße zur Schule gehen müssten, wird in den Planungen gleichfalls nicht berücksichtigt.

Auch auf einen konkreten **Lösungsvorschlag von Seiten des Heimgartenbundes Altona** wurde bisher nicht eingegangen. Dieser hatte u.a. eine Umsiedlung der Gärten vom Schwengelkamp auf den Sportplatz Othmarscher Kirchenweg angeboten, um damit eine zeitnahe (ggfs. 2020!) Verfügbarkeit der Flächen am Schwengelkamp für den Neubau einer Grundschule ohne Container-Zwischenlösung auf o.g. Sportplatz zu ermöglichen. Mit diesem Vorschlag könnte zudem eine große durchgehende Grünfläche und die Obstbaumwiese beim Röpershof für die Öffentlichkeit erhalten bleiben, sowie auf die Umsiedlung der Flüchtlinge am Holmbrook verzichtet werden.

Durch die vom Heimgartenbund vorgeschlagene Lösung hätte die Stadt Hamburg nicht nur die Möglichkeit, sehr zügig eine neue Grundschule bauen zu können, durch das Einsparen von Zwischenlösungen (Container-Schule auf Sportplatz) und der Umsiedlung der im Holmbrook gut integrierten Flüchtlinge würde sie auch immense Kosten sparen. Dadurch würde die Umwandlung der bisher für die A7-Deckel-Finanzierung verplanten Kleingärten in Dauerkleingärten möglich.

Der Vorschlag des Heimgartenbundes wurde jedoch **in keinster Weise in den aktuellen Planungen berücksichtigt**, wohingegen die Interessen der Bauträger, die

auf dem Sportplatz den Neubau von 65 Wohnungen planen (35 Genossenschafts-Mietwohnungen - davon 10 öffentlich geförderte, 9 Eigentumswohnungen und 21 Eigentums-Reihenhäuser), sehr intensiv bedacht wurden.

## **Legende**

**Fragen AbW**

**Antworten Bündnis 90/Grüne**

**Antworten Die Linke**

**Antworten SPD**

**Antworten CDU**

**Antworten FDP**

### **1. Wie stehen Sie generell zum Motto „Wachsende Stadt“ und der daraus resultierenden Verdichtung?**

Das Modell „Wachsende Stadt“ ist ein Konzept der CDU von Anfang des Jahrhunderts – und nicht mehr aktuell. Die Anforderungen des Klimawandels stellen uns mittlerweile vor weit größere Herausforderungen, so dass das Leitbild für unsere Stadt eher unter den Begriffen „Klimaanpassung, Mobilitäts- und Energiewende und Digitalisierung unserer Gesellschaft“ steht. Nichts desto trotz hat Hamburg einen großen Zustrom an Neu-Hamburger\*innen und somit einen starken Nachfragedruck am Wohnungsmarkt, den wir bewältigen müssen, damit die Mieten nicht ins Unendliche steigen. Dieser Anforderung stellen wir uns, wobei wir mit der Volksinitiative des NABU einen guten Weg zum Erhalt der Grünflächen in Hamburg gefunden haben. Den Wohnungsbau wollen wir weitestgehend durch Innenverdichtung und der Entwicklung entlang der Magistralen, aber auch durch neue Stadtteile wie in Oberbillwerder gewährleisten.

Hamburg wie viele andere Metropolen wächst wieder seit Jahren. Ursache sind die Verödung der ländlichen Räume durch den Abbau der dortigen Infrastruktur (Bahnhöfe, Busverbindungen, Schulen, Jugendtreffs usw.), neue urbane Lebensformen und ökonomische Konzentrationen. Die mit dem Konzept der wachsenden Stadt verbundene und gerade auch von dem rotgrünen Senat hervorgehobene Strategie der Verdichtung der Stadt stellt allerdings das lebenswerte Leben in der Stadt in Frage.

Hamburg ist attraktiv und wird immer attraktiver. Hamburg ist eine Hoffnungs- und Ankunftsstadt, in der viele Menschen mit ihren Kindern und Familien leben wollen. Eine positive Einwohner- und Wirtschaftsentwicklung ist als Perspektive eine große Chance für die Stadt und ihre Menschen. Außerdem braucht man nicht die Sorge zu haben, dass Hamburgs Einwohnerzahlen immer nur steigen werden, weil solche Trends immer auch natürlichen Schwankungen unterliegen. In den zurückliegenden Jahren haben wir die Stadt so weiterentwickelt, dass die wirtschaftliche, die soziale und die ökologische Qualität des Lebens in Hamburg weiter steigen. Wohnungen werden gebaut, auch um das Angebot zu erhöhen und dadurch den Mietenanstieg zu begrenzen. Und indem wir auch verdichten, schaffen wir neue Grünanlagen. Es werden Gewerbeflächen bereitgestellt und die Infrastruktur ausgebaut, ohne dass die natürlichen, sozialen und kulturellen Freiräume der Stadt darunter leiden. Wir haben trotz aller Widerstände dafür gesorgt, dass Hamburg eine weltoffene und vielfältige Stadt bleibt, in der viele Bürgerinnen und Bürger ihr Glück nicht nur suchen, sondern auch finden können. Eine Stadt, die zusammenhält und in der jeder seinen Platz finden kann. Wir wollen, dass alle teilhaben am Haben und Sagen in unserer Stadt. Dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Das Erreichte ist heutzutage

niemals selbstverständlich gesichert und erst recht nicht ohne politische Anstrengungen von Dauer. In Hamburg zeigen wir, dass es zu negativen Entwicklungen eine gute, optimistische und sinnvolle Alternative gibt: Dass die Hamburgerinnen und Hamburger weit überwiegend gerne hier leben, liegt daran, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht nur das Mögliche, sondern vor allem auch das Sinnvolle für die Stadt angegangen sind und das Leben für alle spürbar verbessert haben.

Wir betreiben eine sozial gerechte, aktive Boden- und Liegenschaftspolitik mit deutlich mehr Erbbaurechtsvergaben zu vernünftigen Konditionen, mit maßgeschneiderten, den Grundstückspreis dämpfenden Konzeptausschreibungen und mit gezielten, strategischen Flächenankäufen.

Eine aktive Stadtentwicklung ist für uns Ausdruck der Attraktivität Hamburgs. Wir möchten, dass alle in Hamburg lebenden Menschen hier gut leben können. Denn es ist besser, in einer attraktiven Stadt zu leben, in der gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Zukunft gestaltet wird. Dabei begrüßen wir es, dass wir in Hamburg nicht über Schließungen, sondern über mehr Kitas und mehr Schulen gesprochen wird. Für uns ist auch klar: Wir werden Hamburg als grüne Stadt am Wasser erhalten, weil öffentliche Plätze und Parks für die Lebensqualität in Hamburg eine zentrale Rolle spielen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Natur-, Grün- und Erholungsqualität weiter verbessern und haben uns deswegen mit dem Naturschutzbund auf neue Rahmenbedingungen für den Grünerhalt geeinigt. Diesen „Vertrag für Hamburgs Grün“ werden wir konsequent umsetzen und schaffen damit einen bundesweit vorbildlichen Interessenausgleich zwischen Grünerhalt und Wohnungsbau. Zu diesem Interessenausgleich gehört auch, ein Herz für Hamburgs Kleingärten zu haben. Wir fühlen uns den dazu getroffenen Vereinbarungen verpflichtet und wollen – bei Inanspruchnahme einzelner Flächen – einen angemessenen Ausgleich finden.

Die wachsende Stadt ist Herausforderung und Chance zugleich. In der nächsten Dekade wird Hamburg durch Bevölkerungszug und -zuwachs die Zwei-Millionen-Einwohnergrenze mit großer Wahrscheinlichkeit überschreiten. Die neu hinzukommenden Hamburger müssen dabei ebenso ein angemessenes Wohnungs-, Anbindungs- und Nahversorgungsangebot vorfinden, wie die derzeitigen Hamburger – denn nur, wenn ausreichend Wohnungen verschiedenster Größen und Bautypen mit angemessener Anbindung und Versorgung vorgehalten werden, können die Mieten für alle Bevölkerungsschichten bezahlbar bleiben und soziale Missstände verhindert werden. Aus diesem Grund stellen wir uns als CDU der Herausforderung der wachsenden Stadt und setzen uns dafür ein, unter Berücksichtigung der sozialen, sportlichen und kulturellen Infrastruktur, der Nahversorgung und auch der Mischnutzung von Gewerbe und Wohnen durch Verdichtung und Aufstockung – vorrangig entlang der Magistralen - ein solches Angebot zu schaffen, wobei Hamburgs Grünflächen bestmöglich als Bewegungs- und Naherholungsgebiete für alle Hamburgerinnen und Hamburger erhalten bleiben sollen.

Immer mehr Menschen wohnen und arbeiten in Hamburg – unsere Stadt wächst. Wir Freie Demokraten sehen diese Entwicklung als große Chance, denn mit neuen Bewohnern kommen auch neue Ideen, Lebensweisen, Kulturen, Nachbarn und Freunde zu uns und bereichern unseren Alltag und unser Umfeld. All diese Menschen verdienen eine Politik, die ihnen etwas zutraut. Sie verdienen, dass Hamburg eine Stadt der Chancen wird, in der sie ein selbstbestimmtes Leben in Verantwortung für ihre Familien und die Gesellschaft führen können. Wir Freie Demokraten wollen Hamburg fit für die Zukunft machen. Digitalkompetenzen und technologisches Grundwissen müssen bereits in der Kita und in der Grundschule vermittelt werden,

damit unsere Kinder in der Zukunft durchstarten können. Der Verkehr muss fließen, indem wir Baustellen besser koordinieren, die Verkehrswege modernisieren, den HVV ausbauen und den Umstieg auf den ÖPNV attraktiver machen. Gleichzeitig müssen in Hamburg Impulse zur Entwicklung neuer Technologien für individuelle Mobilität gesetzt werden, auch im Interesse des Erhalts und der Schaffung zukunftsfähiger industrieller Arbeitsplätze. Ein Ausspielen von Fortbewegungsmitteln wird es mit uns nicht geben, denn ideologiefrei und sachbezogen stellen wir immer unsere Stadt mit all ihren Erfordernissen und das Wohlergehen ihrer Einwohner in den Vordergrund. Damit Wohnen in Hamburg bezahlbar bleibt, sind neben verstärkten Anstrengungen beim Wohnungsbau auch neue Wege notwendig. Es muss endlich Schluss sein mit weiteren Regulierungen und veralteten Bauvorschriften. Der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Hamburg soll bei modernem Umweltschutz, der Energieerzeugung und der Schonung natürlicher Ressourcen technologisch führend werden. Hamburg hat dazu das unternehmerische Know-how und verfügt über leistungsfähige Hochschulen. Umweltrelevante Entscheidungen werden wir im Interesse der Effizienz und nicht aus parteipolitischen Opportunismus treffen. Hamburg muss lebenswert und sicher sein, damit alle Menschen sich hier wohlfühlen und gerne in unserer Stadt leben. Bei all dem setzen wir auf Innovationen statt Ideologie, Freiheit statt Verordnungen und Kreativität statt Bevormundung. Denn wir trauen den Menschen etwas zu.

## **2. Wie stellen Sie sicher, dass in der wachsenden Stadt Hamburg auch in Zukunft ausreichend Grünflächen vorhanden sind?**

**Die Einigung mit der Volksinitiative des NABU zum Naturerhalt bzw. zur Sicherung der Grün- und Parkflächen beinhaltet:**

### **Schutz der Flächen**

- Hamburg wird 10 Prozent der Landesfläche dauerhaft unter Naturschutz zu stellen.
- Die Landschaftsschutzgebiete auf 18,9% halten
- Die Flächen des Biotopverbunds auf 23,2 % halten
- Die zum 17.05.2016 noch unbebauten und noch nicht anderweitig planungsbefangenen Flächen des Grünen Netzes innerhalb des 2. Grünen Ringes von Bebauung freihalten und bei Inanspruchnahme eine gleich große Freifläche herzustellen.
- Den Bestand an öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen schützen, weitere Grünanlagen in neuen Quartieren schaffen.

### **Verbesserung der Naturqualität**

- den messbaren Naturzustand Hamburgs beständig zu verbessern, d.h.
- Hälfte der NSG-Fläche (Biotopwert 6,38) in 10 Jahren um eine Stufe (Biotopkartierung) aufwerten
- Naturqualität auch außerhalb der Naturschutzgebiete (Biotopwert 3,51) bis 2030 steigern
- Bei naturschutzfachlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ein Andienungsgebot an das „Sondervermögen Naturschutz“ einführen
- zehn zusätzliche Ranger in den Naturschutzgebieten und dem Biotopverbund
- 4,5 Millionen Euro zur Stärkung Naturschutzarbeit pro Jahr zusätzlich
- „Vertrag für Hamburgs Stadtgrün“ mit den Bezirken und anderen städtischen

- Trägern der Grünentwicklung schließen, d.h. alle Akteure auf dem Weg mitnehmen

#### Transparenz/Überprüfbarkeit

- Fünf-Jahres-Turnus für Monitoring der Qualität und Quantität von Hamburgs Natur auf Basis der Biotopkartierung
- Erfassung der Bodenversiegelung auf der Basis satellitengestützter Daten.
- Jährliche Berichterstattung in der Bürgerschaft

Das ist aus unserer Sicht eine gute Grundlage dafür, dass auch in Zukunft ausreichend Grünflächen in Hamburg vorhanden sind.

Der durch Bebauungsinteressen zunehmende Druck auf Freiflächen, und dabei insbesondere Grünflächen, wird zunehmen und nur durch öffentlichen Druck zurückdrängbar sein. Städtische Politik muss Grün- und Freiflächen vor allem im inneren Bereich der Stadt konsequent erhalten.

Wir haben den „Vertrag für Hamburgs Grün“ mit ausgehandelt, damit Hamburg auch in Zukunft eine grüne Stadt bleibt.

Konkret bedeutet dies, dass wir ca. zehn Prozent der Landesfläche unter Naturschutz stellen und damit dauerhaft von Bebauung frei halten. 18,9 Prozent der Landesfläche stehen unter Landschaftsschutz. Den Bestand an öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen werden wir erweitern, aufwerten und pflegen. Bedeutsame Grünverbindungen im Bereich des inneren Stadtgebietes (innerhalb des 2. Grünen Ringes) werden wir grundsätzlich von Bebauung freihalten, bei der Entwicklung neuer Quartiere neue Grünanlagen schaffen und bestehende aufwerten, um so die Stadt als „Hotspot“ der Artenvielfalt weiter zu entwickeln und den Biotopverbund dauerhaft zu sichern.

Als CDU Hamburg setzen wir uns dafür ein, dass Hamburgs Kleingarten-, Park- und Grünflächen erhalten bleiben, ein möglichst standortnaher zwingender ökologischer Ausgleich stattfindet, wo dies nicht möglich sein sollte, und eine künftige Gestaltung bei Infrastrukturprojekten und Wohnungsbaumaßnahmen von Anfang an mitgeplant wird. Der Bau neuer Infrastruktur und Wohnungen und das Bereitstellen von Flächen für Gärten, Parks und Naherholung dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen. Beiden Bedarfen ist in angemessener Weise gerecht zu werden. In einer sich infolge Bevölkerungszuwachses stetig verdichtenden Stadt sind jedoch auch neue Wege zu beschreiten. Hierbei ist beispielshalber das Konzept des „roof gardenings“, also die Installation von Gartenflächen auf Hausdächern, ein spannender Ansatz. Monofunktionalität ist heute als überholt zu erachten. Infrastrukturprojekte und moderner Wohnungsbau müssen verschiedenste Aspekte im Blick haben und offerieren. Angebote wie beispielsweise Dachgärten beziehungsweise „roof gardens“ würden dabei dem Stadtklima und dem Erhalt von Hamburgs grüner Lunge zuträglich sein, den Bewohnern erreichbare Garten-, Anbau- und Freizeitflächen ermöglichen und zum Gemeinschaftsgefüge beitragen. Daher werden wir in Zukunft neben dem Erhalt von Hamburgs derzeitigen Grünflächen auch die Nutzung innovativer Möglichkeiten prüfen und nutzen, um auch in Zukunft ein ansprechendes Angebot von Grünflächen für alle Hamburger vorzuhalten.

Wir verstehen Naturschutz und Naturerlebnis als untrennbare Teile unserer Stadtkultur. Grünflächen sind wichtig für das Stadtklima und dienen als Erholungsfläche für Mensch und Natur. Daher wollen wir Grünflächen erhalten und der „Wildnis“ mehr Raum auch im Kleinen gewähren. Wir wollen die Aufforstung vorantreiben und für jedes Kind, das in Hamburg geboren wird, einen Baum pflanzen. Wir wollen Flächenverbrauch möglichst vermeiden und sprechen uns für Flächenkonversion und Nachverdichtung vor Außenentwicklung aus. Wo Natur

verloren geht, muss entsprechend Ausgleich geschaffen werden. Dabei sind nicht die absoluten Flächengrößen entscheidend, sondern die Qualität der geschützten Biotope und deren Funktionsfähigkeit im Naturhaushalt. Darüber hinaus wollen wir biologische Vielfalt erhalten bzw. fördern, wofür Biotopverbünde eine entscheidende Rolle – auch über die Landesgrenzen hinweg – spielen. Zur Verbesserung der Artenvielfalt sollen in öffentlichen Parks und Grünanlagen Anstrengungen zum Schutz und zur Wiederansiedlung von Insekten durch naturnahe Bepflanzungen intensiviert werden – auch als Beispiel zur Nachahmung auf privaten Flächen. Stadtnatur ist Umweltschutz und Naherholung zugleich. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, wollen wir mehr Obstbäume und Streuobstwiesen in den Hamburger Parks. Zudem werden wir bereits beim Anlegen neuer Anlagen darauf achten, bei der Pflanzenauswahl nicht nur ökologische Aspekte, sondern auch veränderte Umweltbedingungen durch den Klimawandel zu berücksichtigen. Um trotz fehlender Flächen Hamburgs Grün wachsen zu lassen, müssen wir innovative Wege finden, Bauwerke und Pflanzen zu verbinden. Dazu zählt nicht nur die vermehrte Dach- und Vertikalbegrünung von Gebäuden und Bushaltestellen, sondern auch die Begrünung von Bahnschienen. Bei Neu- und Nachpflanzungen setzen wir uns für eine allergikerfreundliche Auswahl der Pflanzen ein.

### **3. Welche Parameter werden für die Planung von städtischen Grünflächen herangezogen, welche sollen es Ihrer Meinung nach in Zukunft sein (Einwohnerzahl, Fläche, Sozialindex, Altersstruktur....)?**

Die aktuelle Freiraumanalyse geht zunächst aus von einer Analyse „von wohnungsnahen Freiräumen, die auch von weniger mobilen Menschen wie Ältere oder Kinder gut fußläufig erreichbar sind und sich in maximal 500 m Entfernung zur Wohnung befinden. Diese öffentlich nutzbaren Freiräume werden mit den privaten und gemeinschaftlich nutzbaren Freiräumen überlagert.“

Daraus ergibt sich ein Handlungskatalog der mit den Ergebnissen des Sozialmonitoring der integrierten Stadtteilentwicklung (RISE) überlagert ist, und so die Maßnahmen priorisiert. Das ist aus unserer Sicht ein richtiges Vorgehen, da sozial Schwächere multidimensional belastet und oft weniger mobil sind, so dass die Notwendigkeit für Erholungsräume dort größer ist. So wurden mehrere Millionen Euro in den Grünzug von Hamm bis Öjendorf investiert oder demnächst mit dem Programm „Mitte machen“ und „Biodiversität im Hamburg Osten“ die Grün-, Erholungsräume aber auch Sportflächen erheblich aufgewertet.

Es ergeben sich aber auch stadträumliche Chancen, wie beim A7-Deckel, bei der Trabrennbahn oder der Verlagerung der Wilhelmsburger Reichstr., wo entweder neue Flächen eingerichtet oder bestehende erheblich erweitert werden.

**In dem vom Hamburger Senat beschlossenen Landschaftsschutzprogramm ist eine Grünfläche von 6 qm pro Einwohner als Richtwert festgelegt. Fakt ist, dass diese Vorgabe bei keinem einzigen Neubauprojekt in Altona auch nur annähernd eingehalten wurde (Othmarschen Park, Neue Mitte Altona, Holstenquartier...), sondern überall um mehr als die Hälfte unterschritten wurde.**

Mit dem Vertrag für Hamburgs Grün haben wir festgeschrieben, dass Hamburg eine grüne Stadt bleibt. Neben den fast 10 Prozent der Landesfläche, die unter Naturschutz steht, und den 18,9 Prozent der Landesfläche, die unter Landschaftsschutz steht, machen zudem auch in Zukunft mindestens 23 Prozent der Hamburger Fläche

Biotopverbunde aus. Insgesamt wird so die Naturquantität ausgeweitet und die Naturqualität verbessert werden. Für die Einhaltung des Vertrages sorgt ein Grünkoordinator. Zudem werden im Vertrag für Hamburgs Stadtgrün die Bezirke und alle Behörden und öffentlichen Unternehmen auf die Einhaltung verpflichtet. (Siehe dazu Drs. 21/19411)

CDU: keine Antwort

Für Grünflächen schwebt uns die einfache Formel Fläche pro Einwohner vor. Bei Spielplätzen sollte die Altersstruktur herangezogen werden. In jedem Fall sollte das mögliche ökologische Potential Berücksichtigung finden, da ein kleinerer Teil auch für "Wildwuchs" reserviert sein sollte. Das wäre auch gut für das Wohlbefinden der Anwohner.

#### 4. Was müsste für Sie ein „Grünentwicklungsplan Ottensen / Othmarschen / Bahrenfeld und Umgebung“ auf jeden Fall sicherstellen?

Die Grünflächen muss man zunächst immer im Gesamtkontext – auch gesamtstädtisch - sehen. Mit dem Freiraumverbundsystem ist Hamburg sehr gut aufgestellt. Dieses muss natürlich gemäß der Einigung mit dem NABU gesichert und gepflegt werden (s. Antwort auf 2), - hier gilt vor allem der Schutz des 2. Grünen Ringes. Hinzu kommen die neuen Grünflächen – 8 ha in Mitte Altona, im Holsten-Quartier, dem A7-Deckel und der Erweiterung des Altonaer Volksparks. Sie gilt es im Sinne der dortigen Bewohner\*innen nutzbar zu machen, mit mehr Naturerlebnisräumen zu versehen (auch bei den Schulen!) und qualitativ zu pflegen – das gilt natürlich auch für die vorhandenen Grünflächen, wie dem Fischers Park, dem Hohen Elbufer, dem Harkenseepark, die ganzen Parkanlagen bis Rissen raus, dem Wohlerspark uvm. Dort werden zukünftig auch einige Millionen in den zukünftigen Erhalt und zeitgemäße Umgestaltung/ Erneuerung investiert (bspw. Fischers Park, Wohlers Park).

Die Einhaltung der Vorgaben des Landschaftsschutzprogramms sowie des Rahmenplans Bahrenfeld mit der Grünachse bis hin zum Volkspark. Allerdings auch die Bestandssicherung der jetzigen Grün-, Friedhofs- und Kleingartenflächen südlich und nördlich der Behringstraße sowie am Holstenkamp östlich und westlich der Schnackenburgallee. Als Weiterentwicklung - ohne Aufgabe der jetzigen Standorte - die neu entstehenden Flächen auf dem Autobahndeckel.

Auch hier kann allgemein auf den „Vertrag für Hamburgs Grün“ verwiesen werden, der auch in den genannten Stadtteilen zum Tragen kommt (s.o.). Bestandteil dessen ist z.B. auch eine bienenfreundliche Bepflanzung. Darüber hinaus werden wir Hamburgs Parks, Wälder und Feldmarken für die Erholung wie zum Schutz des Klimas pflegen und erhalten. Zudem wollen wir ein gezieltes Aufforstungsprogramm starten, um die Anstrengungen zu flankieren.

Fließ- und stehende Gewässer werden wir biologisch weiter verbessern. Zum Maßnahmen-paket für Hamburgs Stadtgrün gehört auch, dass wir die Stadt sauber halten und dafür sorgen, dass Grünanlagen verlässlich gepflegt werden.

Zudem wollen wir die Anreize für das Anlegen von Gründächern steigern und die Förderprogramme bekannter machen, denn Gründächer tragen erheblich zu einem verbesserten Stadtklima bei. Sie speichern Regenwasser und geben Feuchtigkeit an die Umgebung ab. An heißen Sommertagen kühlen sie die aufgeheizte, stickige Stadtluft. Gründächer leisten ebenfalls einen Beitrag zum Überflutungsschutz, dienen bei Starkregenereignissen als Puffer und halten das Regenwasser zurück.



Die Hamburger CDU steht für eine verantwortungsvolle Stadtplanung und -entwicklung. Eine verantwortungsvolle Stadtplanung sieht dabei unserer Ansicht nach vor, dass eine weitergehende Bodenversiegelung vermieden wird, bestehende Grünflächen, soweit möglich, erhalten und ausgebaut werden, eine sinnvolle Entsiegelung versiegelter Flächen erfolgt, Parkraum, soweit möglich, unter die Erde verlegt wird und die hierdurch gewonnenen Flächen, soweit stadtentwicklungspolitisch möglich und sinnvoll, für Grünflächen genutzt werden. Um diese Maßnahmen Realität werden zu lassen, werben wir daher hiermit um Ihre Stimme.

Angesichts der Flächenknappheit wird es schwer sein, flächendeckend neue Grünflächen zu schaffen. Ziel muss daher sein, bestehende Flächen ökologisch aufzuwerten und sie miteinander zu verbinden. Dafür benötigen wir entsprechende Qualitätsstandards für die ökologische Qualität, um entsprechende Ziele im Grünentwicklungsplan formulieren zu können. Zudem müssen auf Bezirksebene ausreichend Kapazitäten vorhanden sein, um die Ziele umzusetzen.

**5. Bebaute Flächen können umgewandelt werden, etwa ein Gewerbegebiet in ein Wohngebiet. Eigentlich nie werden bebaute Flächen wieder zu Grünflächen. Wie sieht für Sie unter diesem Aspekt eine verantwortungsvolle Stadtplanung aus?**

Diese Aussage ist nicht zutreffend. In Mitte Altona werden auf ehemaligen Bahnflächen, im Holsten Quartier auf ehemaligen Industrieflächen, in der Hafencity/ Kleiner Grasbrook auf ehemaligen Hafenumflächen oder mit dem A7-Deckel über einer Autobahn, neue Grünflächen geschaffen.

Eine verantwortungsvolle Stadtplanung darf sich nicht an Investoreninteressen oder vermeintlichen Erfordernissen der wachsenden Stadt orientieren, sondern muss die bereits in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts entwickelten Konzepte Licht, Luft und Grün für die Stadtbevölkerung umzusetzen versuchen bzw. als Richtschnur nehmen, so wie dies in Altona durch Gustav Oelsner auf der Grundlage der Charta von Athen angegangen und vorangetrieben wurde. Wie bereits ausgeführt, müsste als Mindestrichtwert das Landschaftsschutzprogramm des Hamburger Senats zwingend zugrunde gelegt werden.

Zu einer lebenswerten Zukunftsstadt gehören Grünflächen und Naturschutzgebiete. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit 2011 insgesamt rund 670 ha Flächen neu unter Naturschutz gestellt. Aktuell gibt es 35 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 7.124 ha. Oben wurde schon beschrieben, dass – obwohl Hamburg wächst und dichter bebaut wird – wir den Anteil der Naturschutzgebiete am Stadtgebiet auf 10 Prozent erhöhen werden und damit dauerhaft von Bebauung frei halten. Fast 20 Prozent der Landesfläche stehen unter Landschaftsschutz. Altona-Mitte ist ein Beispiel für die Umwandlung einer Bahnfläche in eine Grünfläche.

CDU: keine Antwort

Diese Tendenz ist in einer wachsenden Stadt wie Hamburg leider nicht zu vermeiden. Möglichkeiten wie der lange von der FDP geforderte A7 Deckel sind seltene Ausnahmen und müssen dann konsequent genutzt werden, um mehr Grün in die Stadt zu bringen. Verantwortungsvolle Stadtplanung erhält entsprechende Schneisen (Fächerplan von Schumacher), um Grünachsen und Luftschneisen zu ermöglichen. Sie verdichtet zudem maßvoll z.B. durch Dachaufstockung, um Flächenverbrauch zu reduzieren. Außerdem müssen ungenutzte Potentiale genutzt werden, sowohl für flächenschonenden Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung (Flächenrecycling,

Konversionsflächen, Aufstockung), als auch für Begrünung und Entsiegelung. Dabei geht es gerade nicht nur um große Flächen, sondern auch viele Maßnahmen im kleinen Maßstab. Auch privater Grund, z.B. im Bereich von 1- und 2-Familienhäusern bietet der Natur Rückzugsraum. Pläne, Einfamilienhäuser künftig nicht mehr zuzulassen, wie sie in bestimmten Teilen Hamburgs gefordert werden, halten wir daher nicht für zielführend.

Ansonsten vgl. Nr. 4

6. Wie gewichten Sie die vorhandenen unterschiedlichen Interessen von Wohnbebauung, Krankenhausneubau, Schulplanung, dem jetzigem Krankenhausgelände (Denkmalschutz), Verkehrsplanung und Grünflächenerhalt und -entwicklung in Bezug auf den „Rahmenplan Krankenhausquartier Altona“?

Alle Aspekte dieser Planung müssen insgesamt selbstredend gleichberechtigt gewichtet und abgewogen werden – mit einer Ausnahme: Altona braucht ein modernes zukunftsfähiges Krankenhaus. Das steht an oberster Stelle. Ein Krankenhaus muss erschlossen sein, wobei Straßenflächen eher aufgegeben werden können, als Grünflächen. Der Denkmalschutz muss gewährleistet sein, - wenn sich denn eine sinnvolle und wirtschaftlich tragfähige Lösung für die Nachnutzung finden lässt. Die Frage der Schulplanung steht sicherlich auch besonders im Vordergrund, da die Versorgung der Kinder gewährleistet sein muss – unabhängig davon wie die Situation entstanden ist. Hier gilt es einvernehmlich im Sinne der „Deckel-Verträge“ eine gute Lösung zu finden – die aber gefunden werden muss. Wohnungsbau steht bei all den Fragen dann eher hinten an.

Die Gewichtung bei der durch die Bezirkspolitik festzulegende Ausweisung und Einhaltung von Gemeinbedarfsflächen muss abgewogen sein und darf gegenüber den Interessen neuer Wohnbebauung nicht hinunterfallen. Grünflächen müssen dabei gleichrangig mit Verkehrs-, Schul- und Krankenhausflächen einbezogen werden.

Als SPD haben wir die ganze Stadt im Blick. Die Aufgabe des Rahmenplans ist es, die unterschiedlichen Nutzungsansprüche und teilweise konkurrierende Belange in Einklang zu bringen. Nur ein überzeugendes und flächen- sowie ressourcenschonendes Konzept, das sowohl städtebaulich als auch freiraumplanerisch überzeugt, kann die Grundlage für eine gelingende langfristige Entwicklung für das neue Quartier sein. Zu diesem Interessenausgleich gehört für uns auch, ein Herz für Hamburgs Kleingärten zu haben. Wir fühlen uns zu den getroffenen Vereinbarungen verpflichtet und wollen – bei Inanspruchnahme einzelner Flächen – einen angemessenen Ausgleich finden. Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Planungsprozess ist dabei für uns im Zuge der Rahmenplanung weiterhin sehr wichtig. Eine denkmalgerechte Nachnutzung des Gebäudes, die möglichst auch ein tragfähiges Energiekonzept beinhaltet, würden wir begrüßen.

CDU: keine Antwort

Die unterschiedlichen Interessen müssen bei den Planungen abgewogen werden, d.h. Eingriffe in die Grünflächen müssen möglichst ortsnahe ausgeglichen werden. Hinsichtlich der Folgenutzungen für das jetzige Krankenhausgelände sollte es einen Wettbewerb um die besten Ideen geben.

7. Die aktuell angebotenen Ersatzflächen für die im Visier der Schulbehörde stehenden Kleingartenflächen beinhalten die Vernichtung von öffentlich zugänglichem Grün (Röpersweide) und die Umsiedlung von am aktuellen Standort gut integrierten Flüchtlingen (Holmbrook). Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu diesen Verdrängungseffekten?

Flüchtlingsunterkünfte in Containeranlagen sind keine Dauerlösung als Wohnraum für Menschen. Die Umsiedlung ist von daher eine Frage der Zeit, die sowieso gemacht werden muss. Die Errichtung des Wohnungsbaus an der Baurstr. und die Integration der Flüchtlinge dorthin (und zu den anderen avisierten Orten) ist ein besserer Weg. Dementsprechend halten wir die dortigen Flächen für eine Option für die Kleingärten als machbare und gute Lösung. Anders sehen wir die Fläche Röpersweide. Die Verlagerung von Kleingärten dorthin erachten wir nicht für sinnvoll. Kleingärten fügen sich dort nicht ein, die Fläche ist sehr vernässt und steht im Konflikt mit der vorhandenen Wohnbebauung und ist zudem auf naturschutzfachlich wertvoll.

Die Umsiedlung der Geflüchtetenunterkunft vom Holmbrook auf einen Standort nördlich der Behringstraße ist ebenso unsinnig wie der geplante Neubau einer Grundschule südlich der Behringstraße im Bereich des Schwengelkampfs. Die Geflüchtetenunterbringung aus ihrem über Jahre sehr gut nachbarschaftlich integrierten Standort herauszureißen, schafft sehenden Auges neue Probleme. Stattdessen dort in unmittelbarer Nähe des Neubauquartiers Othmarschen Park die dringend erforderliche neue Grundschule anzusiedeln, sie mit dem für Schulanfänger sehr gefährlichen Übergang über die Behringstraße in einen Standort am Schwengelkamp zu schicken, erscheint völlig verrückt. Genauso wie die Verlegung der seit hundert Jahren bestehenden Kleingartenparzellen vom Schwengelkamp auf den Holmbrook.

Selbstverständlich sollen ausreichend Ausgleichsflächen für die Kleingärtner zur Verfügung gestellt werden, ebenso muss die Frage der Unterbringung der Geflüchteten am Holmbrook vernünftig einbezogen werden. Gemeinsam werden die zuständigen Behörden und der Bezirk mit dem LGH und dem betroffenen Kleingartenverein hier Lösungen erarbeiten.

CDU: keine Antwort

Nach den Bürgerverträgen ist nach unserem Kenntnisstand die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen im Holmbrook nicht vorgesehen. Daraus folgt, dass die Flüchtlinge ortsnahe im Rahmen von Wohnfolgemaßnahmen mit neu entstehendem Wohnraum versorgt werden. Nach dem Kenntnisstand der FDP ist die Röpersweide in ihrer Existenz nicht gefährdet.

8. Der Krankenhausneubau für die Asklepios-Klinik Altona wurde in der Bürgerschaft beschlossen. Als Grundlage für den Beschluss wurde ein Gutachten genannt, das trotz mehrerer Anfragen nicht öffentlich zugänglich gemacht wurde. Wie ist die Position Ihrer Partei hierzu?

Die Aussage ist so nicht richtig. Es gibt in dem Sinne keinen expliziten Beschluss der Bürgerschaft für den Krankenhausneubau, außer das Haushaltsmittel für die weitere Planung von der Bürgerschaft beschlossen worden sind.

Wenn die Entscheidungsfindung des Senats gemeint ist, so muss auf die Antwort auf die Frage im Rahmen einer Schriftlichen Anfrage verwiesen werden, da so die Gesetzeslage ist: *Der Senat sieht zum Schutz seines internen Beratungs- und Entscheidungsbereichs davon ab, sich zu Einzelheiten der Vorbereitung einer Mitteilung an die Bürgerschaft und insbesondere zum Zeitpunkt seiner Beschlussfassung zu äußern (vergleiche BVerfG, Beschl. v. 30.03.2004 – 2 BvK 1/01 –, juris Rn. 44).*

Asklepius hat zwei Gutachten angefertigt, eines zum Sanierungsaufwand und ein Anderes als Kostenvergleich Sanierung vs. Neubau. In der Erörterung des Senats wurden diese Gutachten verwendet und führten zu dem Senatsbeschluss. Diese Gutachten sind Eigentum von Asklepius und müssten da angefragt werden. Hier hat die FHH keinen Zugriff darauf.

Prinzipiell sind die Grünen immer für Transparenz und die Veröffentlichung von Gutachten und anderen Dokumenten, wenn keine Gründe dagegensprechen, wie z.B. die Wahrung von Wirtschaftsgeheimnissen privater Unternehmen oder Personen, die schon nach der Datenschutzgrundverordnung nicht zu veröffentlichen sind.

Selbstredend sind im Rahmen der weiteren Planung alle dafür anzufertigen Gutachten zu veröffentlichen.

**Die Öffentlichmachung all solcher Gutachten, die die Grundlage schwerwiegender Beschlüsse für die Öffentlichkeit sind, ist eine grundsätzliche Forderung unserer Partei.**

Hamburg wächst, meldet jedes Jahr Geburtenrekorde und zieht wegen seiner hervorragenden medizinischen Versorgung sehr viele Patientinnen und Patienten aus dem Umland an. Wir werden die stationäre Versorgung entsprechend der steigenden, aber auch älter werdenden Bevölkerung weiterentwickeln. Schon heute stellt Hamburg die höchste Fördersumme je Einwohner für die Krankenhäuser zur Verfügung. Diese Spitzenposition wollen wir halten und jedes Jahr entsprechend in die Modernisierung unserer Krankenhäuser investieren. Dabei tragen wir den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten durch einen höheren Anteil von Einbettzimmern Rechnung und investieren gezielt in die IT-Sicherheit der Krankenhäuser.

In Altona bauen wir eines der modernsten Krankenhäuser Deutschlands und machen es zu einem Gesundheitszentrum für den Stadtteil. Diese Investition geht nicht zu Lasten anderer Krankenhäuser, sondern wird zusätzlich finanziert. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedauern weiterhin zutiefst, dass die CDU sich über das klare Ergebnis des Volksentscheids hinweggesetzt und gegen den Willen der Bevölkerung die Mehrheit am Landesbetrieb Krankenhäuser privatisiert hat. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Kernaufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge nicht privatisiert werden.

Die Frage nach dem Gutachten betrifft möglicherweise ein Gutachten, das von Asklepios Kliniken Hamburg GmbH beauftragt wurde. Die FHH hält leider nur noch eine Minderheitsbeteiligung an dieser Firma und kann die Veröffentlichung des Gutachtens deshalb nicht erzwingen.

Inwiefern Gutachten, die zur Begründung staatlicher Investitionszuschüsse herangezogen werden, öffentlich gemacht werden müssen, können wir prüfen. Das Gutachten ist aber auch nur ein Element in der Entscheidung für den Neubau. Dass ein Umbau in einem denkmalgeschützten Altbau teurer und mit Rücksicht auf Patientinnen und Patienten mit höherem Aufwand und Belastungen verbunden ist, kann man sich aber auch so leicht vorstellen. In einer Schriftlichen Kleinen Anfrage (Drs. 21/12685) hat der Senat seine Entscheidung wie folgt erläutert:

„Trotz fortlaufender Investitionen in das Gebäude der heutigen Asklepios Klinik Altona sind die baulichen Einschränkungen im Bestand so erheblich, dass in gemeinsamer Einschätzung der zuständigen Behörde und des Krankenhausträgers allein eine Neubaulösung wirtschaftlich und zukunftsfähig ist. Nur unter diesen Voraussetzungen könnte die Krankenhausversorgung unterbrechungsfrei gewährleistet werden. Gegen einen weiteren Betrieb im Bestand sprechen unter anderem die fehlende Ausrichtung auf moderne Betriebsabläufe (zu geringe Anzahl Betten/Station), die Gesamtgröße (Leerstand im Bettenhaus), insbesondere aber der notwendige Aufwand für Haustechnik (Brandschutzauflagen, mangelhafter Wärme- und Sonnenschutz der Fassade, Probleme der Logistik und der Aufzugssituation).

Ein kompletter Neubau der Asklepios Klinik Altona bietet erhebliche Perspektiven und Möglichkeiten für ein zukunftsweisendes, modernes neues Krankenhaus für den Hamburger Westen unter Einbeziehung der Entwicklung der regionalen Krankenhauslandschaft und des Stadtteils. Die gesamte Projektlaufzeit bis Fertigstellung des Krankenhausneubaus wird aus heutiger Sicht mit acht bis zehn Jahren angesetzt.“

CDU: keine Antwort

Die FDP besteht auf maximaler Transparenz aller für die Planung relevanten Unterlagen und macht dieses in Planungsprozessen auch stets deutlich.

**9. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die aktuell als Entwicklungsflächen markierten Gebiete auf dem Krankenhausgelände zukünftig als Schulstandort ausgewiesen werden?**

Aktuell gibt es nur eine eher skizzenhafte Darstellung des Rahmenplanes mit eingezeichneten sog. Potenzialflächen, deren Begründung sich bisher nicht erschlossen hat bzw. begründet wurde. Ohne eine sachgerechte Begründung kann nicht über eine Flächennutzung oder eine Alternativnutzung entschieden werden bzw. diese bewertet werden.

Die Entwicklungsflächen südlich des geplanten Krankenhaus-Neubaus könnten höchstens für eine Interims-Lösung für Schulbau verwendet werden, wobei sich dort noch über einige Jahre das Perinatalzentrum mindestens bis zur Fertigstellung des Krankenhaus-Neubaus befinden wird. Dieselbe Problematik besteht für den jetzigen Hubschrauberlandeplatz, der erst nach Fertigstellung des Neubaus auf das Krankenhausdach verlegt werden kann. Insofern erscheint die Lösung des Schulneubaus auf die stadteigene Fläche nördlich der Behringstraße, die jetzt als neuer Standort für die Geflüchteten-Unterkunft vorgesehen ist, als der sinnvollste und wohl einzig vernünftige Standort für einen Schulstandort.

Hamburg verzeichnet als attraktive Metropole mit einem dynamischen Wohnungsbau bereits seit Jahren einen Bevölkerungszuwachs mit den entsprechend anwachsenden Schülerzahlen. Seit Ende 2018 liegen aktualisierte Daten für die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung vor. Danach wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter insbesondere in Hamburg rund drei bis vier Mal so schnell wachsen wie die Bevölkerung insgesamt. Wir rechnen in den nächsten zehn Jahren mit einer Steigerung um etwa 25 Prozent auf rund 240.000 Schülerinnen und Schüler. Es ist eine gewaltige Aufgabe, die Schulen auf diesen Anstieg gut vorzubereiten und für rund 40.000 zusätzliche Schülerinnen und Schülern einen guten Schulplatz zu schaffen. Wir werden deshalb die Mittel für den Schulbau noch einmal anheben und

bis 2030 mehr als vier Milliarden Euro in den Aus- und Neubau der Schulen investieren.

Aufgrund der Geburtenraten in der Region Altona wird perspektivisch von einer deutlichen Steigerung der jährlichen Einschulungen ausgegangen. Die geplanten Neubauaktivitäten lassen weitere Schülerinnen und Schüler erwarten. Insgesamt beträgt der Schülerzuwachs an Grundschulen in Altona mittel- bis langfristig sogar rund 40 Prozent. Deswegen ist es dringend erforderlich und geplant, den Grundschulbereich auszubauen und auch im Zusammenhang mit der Überplanung der Asklepios Klinik Altona eine vierzügige Grundschule neu zu gründen.

Wir setzen uns dafür ein, einen Schulstandort am Standort Schwengelkamp zu realisieren. Er eignet sich sehr gut für den Bau einer neuen Schule und die Entwicklungen der Schülerzahl in der Region machen es dringend erforderlich, hier den Eltern und Kindern ein gutes Schulangebot zu bieten. Selbstverständlich aber prüfen wir auch sehr sorgfältig alternative Standorte.

Der ausgewiesene Standort im Asklepios-Entwicklungsgebiet war kein und wird kein Krankenhausgelände sein. Vielmehr handelt es sich um eine Fläche 300 m weiter östlich davon am Schwengelkamp Ecke Behringstraße. Sollten alle beteiligten Gruppen an dieser Fläche (u.a. Kleingärtner) eine einvernehmliche Lösung der unterschiedlichen Interessen hinbekommen, unterstützen wir diesen Standort.

Es steht außer Frage, dass für die Schulstandortplanung zusätzliche Flächen benötigt werden. Dabei prüfen wir auch, ob die auf dem heutigen Krankenhausgelände markierten Entwicklungsflächen für den Schulbetrieb geeignet sind. Die Meinungsbildung ist dazu nicht abgeschlossen.

#### **10. Was tut Ihre Partei dafür, dass die Stadt Hamburg Grundstücke (z.B. in der Gasstraße) für den Schulbau aufkauft?**

Flächenbevorratung gehört für die Grünen zu einer zukunftsfähigen Stadtentwicklungs-politik. Nur wenn die Stadt ausreichend Flächen im Eigentum hat, kann sie auch gestalten. In Stadtteilen, wie bspw. Nienstedten, in denen die Stadt über so gut wie gar keine Flächen verfügt, kann auch nicht gestaltet oder wie 2015 nicht mal Geflüchtete untergebracht werden. Das ist nicht in unserem Sinne. Im Übrigen gehört die Fläche an der Gasstraße schon seit langer Zeit der Stadt, - sie ist für den Schulneubau allerdings zu klein, wobei dies nochmal explizit geprüft wird – so wie alle anderen verfügbaren Flächen in dem Bereich.

Diese Forderung wurde von unserer Partei mehrfach erhoben und ist sogar in den neuen Schulentwicklungsplan (SEPL) eingeflossen. Tatsächlich haben der LIG und das Bezirksamt diese Fläche, die sich im städtischen Besitz befindet und nicht aufgekauft werden müsste, immer wieder Großkonzernen angeboten, weil die Fläche angeblich für einen Schulneubau wegen der daneben liegenden S-Bahn und Contaminierungen des Bodens nicht geeignet sei. Dass nun offenbar das bereits im städtischen Besitz befindliche Vivo in eine Schule umgewandelt werden soll, begrüßen wir.

Das Grundstück an der Gasstraße ist bereits seit längerer Zeit für wirtschaftliche Belange vorgesehen. Für eine Schule ist das Gelände hingegen nicht besonders gut geeignet. Aufgrund der Lage am Bahndamm wären umfangreiche Sicherungsmaßnahmen erforderlich, um das Abrutschen des Bahndamms zu verhindern. Da gesetzlich auch Abstandsflächen zu beachten sind, wäre letztlich nur eine sehr kompakte, viergeschossige Bauweise möglich. Der Schulhof könnte kaum

Schutz vor dem Lärm der S-Bahn bieten und es kann aufgrund der Lage – anders als bei vielen Schulen – keine alternative abgewandte Schulhofseite geben. Hier stellt sich durchaus die Frage, ob Eltern Ihre Kinder lieber an diesem Standort anmelden als an einer der jetzt erweiterten etablierten Schulen in Altona?

Die Fläche an der Gasstraße gehört bereits der Stadt Hamburg und wurde auch von uns als Schulfläche vorgeschlagen, leider ohne entsprechende Resonanz der Fachbehörden. Die Altonaer CDU-Fraktion hat übrigens zu diesem und anderen möglichen Schulstandorten im Kerngebiet bereits mehrfach Anträge an die Fachbehörden gestellt. Davon ist die Fläche des VIVO als von der CDU-Fraktion Altona vorgeschlagene Fläche in den aktuellen Schulentwicklungsplan für eine Stadtteilschule aufgenommen worden und die Standorte an der Eckernförder Straße werden nunmehr nicht aufgegeben. Andere von der CDU-Fraktion Altona vorgeschlagene Standorte wurden bisher verworfen oder nicht kommentiert. Die BV hat darum auf Antrag der CDU-Fraktion Altona hin beschlossen, im ersten Quartal 2020 regionale Bildungskonferenzen zum Thema Schulentwicklungsplanung durchzuführen.

Soweit ehemals gewerblich genutzte Flächen für den Schulbau mittelfristig geeignet sind, sollten sie in die Planungsüberlegungen einbezogen werden. Bei der in der Gasstraße genannten Fläche ist zunächst eine aufwendige Bodensanierung erforderlich, bevor eine Folgenutzung angedacht werden kann. Dies schließt diese Fläche von aktuellen Entscheidungen über die Ausweisung von Schulentwicklungsflächen aus.

**11. Im Kontext der aktuell dringend benötigten neuen Schulen will man die enormen Fehlplanungen der zuständigen Behörden nun auf die Schnelle zu Ungunsten von öffentlichen Grünflächen und Kleingärten beheben. Was tut Ihre Partei dafür, dass ein Schulstandort nördlich der Behringstraße entwickelt wird, um dem Grundsatz „kurze Beine – kurze Wege“ gerecht zu werden, der zudem die Verkehrssicherheit der Kinder im Blick hat?**

Aus unserer Sicht handelt es sich nicht um ein gesamtstädtisches Problem. In Ottensen kommen verschiedene Problemlagen zusammen und es bedarf intensiver Anstrengung um das Problem zu beheben. Nördlich der Behringstr. gibt es keine Flächen die dafür in Frage kommen würden, dementsprechend stellt sich diese Frage (leider) nicht.

**siehe oben**

Wie bereits voran dargestellt, muss aufgrund der gestiegenen Geburtenraten – mittel- bis langfristig bis zu 40 Prozent – auch in der Region Altona perspektivisch von einer deutlichen Steigerung der jährlichen Einschulungen ausgegangen werden, und die geplanten Neubauaktivitäten lassen weitere Schülerinnen und Schüler erwarten. Deswegen ist es im Rahmen einer seriösen und vorausschauenden Planung erforderlich und geplant, schon jetzt mit dem Ausbau insbesondere des Grundschulbereichs zu beginnen. Die Aussage über vermeintliche Fehlplanungen der zuständigen Behörde ist schlicht falsch. Dank der erheblichen Aufstockung der Schulbaumittel durch den Senat und der Schulbauoffensive der Schulbehörde wurde der jahrelange Stillstand im Schulbau beendet. Die Schulbaumittel wurden mehr als verdoppelt. Diese vorausschauende Schulbauoffensive ist es zu verdanken, dass bereits 13 Prozent Schülerwachstum seit 2011 problemlos geschultert wurden und die Schulgebäude heute größer und schöner sind. Mögliche alternative Standorte werden

sehr sorgfältig geprüft, auch ein Standort nördlich der Behringstraße ist in Prüfung. Bislang gibt aber keine Fläche, die geeignet ist für einen Schulstandort.

CDU: keine Antwort

Kurze Schulwege und Schulwegsicherheit für Grundschulkinder sind ein erhebliches Kriterium für die Planung neuer Grundschulen. Diese Anforderung wird bei allen Planungsalternativen beachtet, auch hinsichtlich einer möglichen Ausweisung eines Schulstandortes nördlich der Behringstraße.

**12. Kleingärten fungieren auch als Begegnungsstätten für Menschen aller Generationen und sozialer Schichten. Sie sind ein Erlebnis-, Lern- und Erfahrungsraum für Kinder, dienen der Erholung und Bewegung und bieten ein kreatives Betätigungsfeld für alle. Wie berücksichtigen Sie diesen wichtigen sozialen Aspekt bei weiteren Planungen?**

Sport, Erholung und Bewegung ist bei allen Planungen im jeweiligen Kontext in unterschiedlicher Form ein wichtiger Aspekt von Stadtentwicklungsvorhaben. Bspw. auf dem A7-Deckel, wo man mit den Bürger\*innen ein umfangreiches Beteiligungsverfahren zur Gestaltung des Grünzuges veranstaltet hat, bei der Planung der Fahrradachsen (Veloroute und Fahrradschnellroute), bei der weiteren Planung der Science-City (größere Sport-/ Bewegungsflächen am Volkspark,) dem Sport Park Baurstr., und dem Holsten Quartier (u.a. auch mit Indoor-Sportflächen im Community Center) uvm.

In einer Zeit, in der die Förderung von Tourismus und den damit verbundenen Groß-Events in den Vordergrund gestellt werden, bleibt für nichtkommerzielle naturbezogene Aufenthalts- und Begegnungsstätten immer weniger Raum. Dieser Entwicklung stellt sich unsere Partei vom Grundsatz her entgegen. In einem Bezirk wie Altona, der die größte zusammenhängende Villen- und Parkfläche Europas in den von Reichen bewohnten Elbvororten stolz sein eigen nennt, kann es angesichts der Klimakatastrophe nicht angehen, dass die wenigen im Kerngebiet gelegenen Grünflächen (Innenhöfe, Kleingarten- und Friedhofsflächen, öffentliche Grünanlagen) immer weiter reduziert und durch Pseudomaßnahmen wie Gründächer ersetzt werden.

Die rund 34.500 Kleingärten in Hamburg sind in den nächsten fünf Jahren, aber auch darüber hinaus von großer Bedeutung. Bei dem großen Empfang der SPD Bürgerschafts-fraktion im Rathaus für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner in Hamburg Ende Oktober 2019 wurde es so zusammengefasst: Kleingärten: „Stark für Natur, Klima und Zusammenhalt in Hamburg“. Aus unserer Sicht tragen Kleingärten wesentlich dazu bei, dass Hamburg sich eine grüne Stadt nennen kann. Kleingärten verbessern das Kleinklima und sind Bausteine zur Biotopvernetzung. Sie übernehmen darüber hinaus eine soziale Funktion, indem sie Raum für Gemeinschaftsleben bieten und das Miteinander in einer internationalen Stadtgesellschaft fördern. Damit tragen sie zur Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit ausländischen Wurzeln und letztlich zum sozialen Zusammenhalt bei. Neben dieser gesamtgesellschaftlichen Funktion bieten sie einen Ort der Erholung und Entspannung. Aus diesen Gründen setzt sich die Hamburger SPD über das Bundeskleingartengesetz und vertragliche Regelungen für Fortbestand der Kleingärten ein.

Die CDU Hamburg sieht Kleingärten als traditionelle, über Jahre bewährte und nicht nur klimapolitisch relevante Institutionen an, welche es auf Grund ihrer gemeinschaftsstiftenden, bildenden und ökologischen Bedeutung zu erhalten und zu



fördern gilt. Kleingärten und ihre Nutzer dürfen von der Politik nicht länger übersehen werden. Das Kleingartenwesen erbringt einen wesentlichen Beitrag zum städtischen Zusammenhalt unserer schönen Hansestadt und muss aus diesem Grund wieder stärker in den Fokus politischen Handelns gerückt werden. Kleingärtner ziehen nachbarschaftlich an einem Strang. Man hilft sich, lernt einander kennen, verbringt miteinander Zeit und schafft gemeinsam Neues. Dies sind integrative Werte, für die die CDU Hamburg steht und eintritt. Wir sind daher der Überzeugung, dass Kleingärten für das Zusammenwachsen und zusammen Wachsen unseres Gemeinschafts- und Stadtgefüges unverzichtbar und stets mitzuplanen sind.

Die FDP teilt die Einschätzung zur sozialen Bedeutung von Kleingartenanlagen. Einen einhundertprozentigen Bestandsschutz kann es in unserer wachsenden Metropole nicht geben. Wir verschließen uns bei der Gesamtabwägung öffentlicher Interessen nicht den Erfordernissen von Verlagerungen, verlangen aber einen adäquaten Flächenausgleich.

**13. Die umliegenden Sportplätze am Trenknerweg, am Othmarscher Kirchenweg und die Adolf-Jäger-Kampfbahn sind zur Bebauung freigegeben bzw. werden schon bebaut. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft alle Teile der Bevölkerung, insbesondere auch Kinder und Jugendliche, einen ausreichenden und sicheren Zugang zu wohnortnahen Bewegungs- und Erholungsräumen haben?**

Trenknerweg und Othmarscher Kirchenweg gehören zu dem Kompromiss zur Errichtung des A7-Deckels – dem größten städtebaulichen Projekt dieser Stadt mit dem Lärmschutz für 100.000 Menschen und ein Grünzug von der Elbe bis nach Bahrenfeld geschaffen wird. Auf diesen Deckel werden die Kleingärten verlagert – und dauerhaft gesichert. Für die Sportnutzung wurde der Sportpark an der Baurstr. mit modernen zukunftsweisenden Sportflächen geschaffen, die sich mittlerweile großer Beliebtheit erfreuen. Die Adolf-Jäger-Kampfbahn wurde von Altona 93 an ALTOBA und Behrendt-Wohnungsbau aufgrund einer finanziellen Notlage verkauft. Auf diese Entscheidung hatte Hamburg keinen Einfluss.

Ansonsten s. Antwort zu 12

Der Sportplatz am Trenknerweg ist bereits unabänderlich von der Stadt aufgegeben und verkauft worden. Der Sportplatz am Othmarscher Kirchenweg ist mit einer bis Februar 2020 laufenden Option einem Konsortium von zwei Baugesellschaften (altoba und Otto Wulff) sowie einer Baugemeinschaft anhand gegeben worden. Über die Verlängerung dieser Anhandgabe ist noch nicht entschieden. Die Adolf-Jäger-Kampfbahn an der Griegstraße befand sich nie im städtischen Besitz, sondern gehörte Altona 93. In einem sich über viele Jahre hinziehenden Anfall von Wahnsinn hat der Verein das Gelände an den altoba endgültig verkauft und erhofft sich eine neue Zukunft am Diebsteich. Die Stadt hat den Verkauf bzw. die Schließung der wohnbevölkerungsnahen Sportplätze am Trenknerweg und dem Othmarscher Kirchenweg mit dem Aus- und Neubau der Sportplatzanlage am Bauersweg nördlich des Othmarschen Quartiers gerechtfertigt. Diese direkt an der Autobahn gelegene Anlage ist zwar als Trainingsstätte sehr modern, ersetzt aber nicht die Wohngebietsnähe. Kinder und Grundschulklassen vom Trenknerweg müssen eine Strecke von 1,8 km über den gefährlichen Autobahnzubringer Behringstraße bewältigen, um dorthin zu gelangen. Unsere Partei hat stets gegen die Aufgabe und

**Verlegung der Sportplätze aus den Wohngebieten gestimmt, aber in der Politik kaum Gehör gefunden.**

Mit der „Active City-Strategie“ haben wir dem Sport in Hamburg eine neue, größere Bedeutung gegeben. Sport und körperliche Aktivität sollen für alle, überall in der Stadt und zu jeder Zeit möglich sein. Mit unserer umfassenden Sportförderung wollen wir attraktive, wohnortnahe, leicht zugängliche und bezahlbare, vielfach kostenlose Sportangebote schaffen und möglichst viele Hamburgerinnen und Hamburger zur Bewegung motivieren. Deshalb haben wir die Investitionen in die Sportanlagen seit 2011 auf einen Höchststand von mehr als 60 Millionen Euro jährlich gesteigert. Wenn Sportanlagen einer anderen Nutzung zugeführt werden, wird in der Nähe eine andere Anlage ertüchtigt. Für den Trenknerweg und den Othmarscher Kirchenweg wurde im Gegenzug die bestehende Sportanlage Baurstraße komplett neu gebaut und erweitert. Sie verfügt über 4 ½ Großspielfelder mit Kunststoffrasenbelag, leichtathletische Anlagen sowie einen Komplex mit zwei Sportfunktionsgebäuden. Durch die Umstellung auf Kunststoffrasen mit umweltfreundlichen Infill (Kork oder Sand) gelingt es in Hamburg, die Nutzungszeiten an öffentlichen und vereinseigenen Anlagen stark auszuweiten, so dass insbesondere auch mehr Kinder und Jugendliche die Plätze nutzen können. Hinzu kommt, dass im Rahmen des Schulausbau-programms bis 2022 weitere 81 Sporthallenfelder dazukommen, so dass auch das Angebot an Sporthallen wohnortnah massiv ausgebaut wird. Die bewegungsfreundliche Gestaltung von Schulen und Schulhöfen werden wir intensivieren. Als SPD stehen wir dafür, dass die gebührenfreie Nutzung der öffentlichen Sportanlagen bestehen bleibt. Neben der wohnortnahen Infrastruktur haben wir auch die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwächeren Familien im Rahmen des Programms „Kids in die Clubs“ aufgestockt. Denn uns ist es wichtig, dass jedes Kind und jeder Jugendliche die Möglichkeit hat, Sport zu treiben.

Kleingärtenanlagen und Wohnungsbau gehören zusammen. Wir unterstützen ausdrücklich Bemühungen des Senats, bei größeren Wohnungsbauvorhaben von Anfang an Kleingartenflächen einzuplanen. Im Zusammenhang mit großen Wohnungsbauvorhaben sollen daher auch Kleingartenflächen entwickelt werden. So sind Kleingärten bei der Fortentwicklung des „Sprungs über die Elbe“ oder im städtebaulichen Entwicklungsraum „Hamburger Osten“ für uns wichtig. In „Oberbillwerder“ sind im Masterplan Kleingärten und Flächen für gärtnerische Nutzung eingeplant. Kleingärten sind für uns auch Ausdruck von Kreativität. Sie haben ebenso für die Nahversorgung einen hohen Stellenwert. Die zwischen Bergedorf-West und „Oberbillwerder“ gelegene Kleingartenanlage der Gartenfreunde Bergedorf-West e. V. bleibt selbstverständlich erhalten. In Oberbillwerder sollen weitere rund sechs Hektar für Kleingärten bereitgestellt werden. In einigen Fällen müssen wir aber Kompromisse zwischen dem Interesse des Wohnungsbaus und dem Interesse, Kleingärten zu erhalten und einzuplanen, finden.

siehe Antrag der CDU-Fraktion BV Altona vom 10. November 2011, Drs. XIX-0760

Im Rahmen der Überlegungen zur Entwicklung und Modernisierung von Sportflächen hat sich die FDP für die Schaffung des Sportparks Baurstraße eingesetzt und setzt sich gemeinsam mit den ortsansässigen Vereinen für die Modernisierung und Neuordnung der Bewegungs- und Sportflächen am Diebsteich, die Schaffung eines Grün- und Erholungspark sowie für die Errichtung eines Amateurfußballstadions an der Waidmannstraße ein. Dadurch wird ein Ausgleich für die durch Wohnungsbau beanspruchten Flächen geschaffen.

14. Die große ökologische Bedeutung der derzeit noch bestehenden Kleingartenanlage zwischen Behringstraße und Bernadottestraße ist unbestritten. Wie stehen Sie zur Vernichtung der über 100 Jahre gewachsenen alten Kleingartenanlage und der damit verbundenen Vernichtung der Artenvielfalt?

Die Fragestellung impliziert einen Sachverhalt der so nicht richtig ist. Es werden nicht alle Kleingärten verlagert, sondern nur die gemäß dem Kompromiss zum A7-Deckel (s. Antwort zu 13.) im Norden der Anlage. Für weitere Verlagerungen gibt es aktuell keine Grundlage. Dementsprechend kann von einer „Vernichtung der Artenvielfalt“ nicht die Rede sein.

Leider wird die Frage des Naturschutzes und des Erhalts der Artenvielfalt in bezug auf Kleingärten nicht wirklich anerkannt. Tatsächlich ist es aber so, dass in den o.g. Kleingärten nachweislich Obst-(vor allem Apfel)bäume von Sorten existieren, die in den heutigen Niedrigstamplantagen im Alten Land den marktgerechten Kettensägen zum Opfer gefallen sind. Alte einheimische Sorten, die noch bis in die 50er Jahre handelsüblich waren, sind von anderen verdrängt worden und fast nur noch in den Kleingärten erhalten, wo sie in den 20er Jahren von sonntäglichen Ausflüglern als Setzlinge angepflanzt wurden. In diesen Biotop-ähnlichen Räumen haben sich als Kulturfolger Insekten, Amphibien, Vögel und kleine Nagetiere angesiedelt, die man genausowenig wie die Bäume umsiedeln kann.

Wie in den Antworten zu den Punkt 6, 11 und 12 geschildert, handelt es sich um einen sehr komplizierten Abwägungsprozess. Für alle Positionen gibt es gute Gründe: sowohl für den Erhalt der Kleingartenflächen als auch für den Neubau der Schulen. Wichtig ist, wenn es zu einer Entscheidung für den Schulbau auf der Kleingartenfläche kommt, dann muss der Flächenanspruch für den Bau in dem absolut notwendigen Maß beschränkt bleiben. Gleichzeitig muss der größere Teil der Kleingartenfläche, der erhalten bleibt, als Dauerkleingartenanlage im Bebauungsplan abgesichert werden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Parzellenersatz auf einer angrenzenden Fläche hergerichtet wird.

CDU: keine Antwort

Siehe Antwort zu 12. Im Rahmen von Verlagerungen auf den A7-Deckel muss es einen adäquaten Ausgleich für die Inanspruchnahme von Kleingartenflächen geben, wenn der Erhalt im Rahmen der Abwägung öffentlicher Interessen nicht realistisch ist.

15. Dass vor allem große, zusammenhängende Grünflächen einen ausgleichenden Effekt auf das Stadtklima haben, ist hinlänglich bekannt. Als Frischluftschneisen mit hohem Sauerstoffgehalt bilden sie ein Gegengewicht zur dichten Bebauung und sie sorgen für einen messbaren Temperatenausgleich – vor allem in heißen Sommern. Wie werden Sie sicherstellen, dass dieser Aspekt (auch in Zukunft) in die Stadtplanung einfließt?

S. Antwort zu 2, 3 und 4. Zusätzlich ist es Grünes Wahlprogramm zum Temperatenausgleich, zur Staubfilterung und Luftbefeuchtung den Anteil an Gründächern und Fassadenbegrünung durch entsprechende Vorschriften deutlich zu vergrößern.

**Wenn überhaupt, kann dies nur durch den Erhalt der jetzigen Grünflächen in einem ohnehin viel zu geringen Maße erfolgen. Neue Flächen wie der Autobahndeckel böten eine Chance, allerdings nicht als notdürftiger und völlig unzulänglicher Ersatz für das Bestehende.**

**Der Kleingartenbestand ist als fester Bestandteil im Grünen Netz der Stadt zu sichern. Im direkten Zusammenhang mit dem Wohnungsbau werden wir weiterhin die planrechtliche Sicherung von Dauerkleingärten gewährleisten. Aufgrund der besonderen Situation in Hamburg, wo sich die meisten Kleingärten auf städtischen Flächen befinden, sind auch die nicht planungsrechtlich gesicherten Kleingärten durch das Bundeskleingartengesetz so geschützt als wären sie Dauerkleingärten, so dass auch bei ihrer Räumung Ersatzland zu stellen ist.**

**Damit der Bestand nicht schmilzt, ist die Stadt ständig auf der Suche nach geeigneten Ersatzstandorten, auf denen sie neue Kleingärten baut. Vorrangiges Ziel ist es, Kleingärten zentrums- und wohnungsnah und damit nutzerfreundlich zu erhalten. Dann sind sie schnell zu Fuß oder mit dem Fahrrad umweltfreundlich zu erreichen.**

**Mit diesen Vorhaben wird es gelingen, den Bestand von Kleingärten im Stadtgebiet zu sichern und so auch ihren positiven Beitrag zum Stadtklima zu erhalten.**

Hamburgs Kleingärten, Parkanlagen und Grünflächen sind in ökologischer Hinsicht nicht hoch genug einzuschätzen. Sie bieten Lebensräume für verschiedenste Kleinst- und Kleinlebewesen, ermöglichen eine vielfältige Flora und tragen durch pflanzenbedingte CO<sub>2</sub>-Reduktion und Frischluftschneisen immens zur Verbesserung der Luftqualität und des städtischen Klimas bei. Als CDU Hamburg setzen wir uns daher dafür ein, dass Hamburgs Kleingarten-, Park- und Grünflächen - wo auch immer dies stadtentwicklungspolitisch und -strategisch möglich ist - erhalten bleiben und weitere geschaffen werden.

Die Kaltluftschneisen in Hamburg haben in Hamburg eine sehr wichtige Funktion und wird künftig im Zuge von Klimaanpassungsstrategie der Stadt eine noch höhere Bedeutung gewinnen. Deswegen setzen wir uns für deren Erhalt ein, ob bei Kleingartenanlagen oder anderen Grünflächen.

**Auch in Fällen, in denen Kleingärten keine übergeordnete Funktion als Kaltluftschneise haben, können diese eine wichtige ökologische und soziale Funktion haben. Das muss bei stadtplanerischen Entscheidungen, welche Kleingärten betreffen, mitbedacht werden. Einen 100%igen Bestandsschutz für Kleingartenanlagen wird es trotz ihrer wichtigen ökologischen aber auch gesellschaftlichen Bedeutung nicht geben können, da es sich immer um eine Abwägungsfrage handelt und Kleingartenanlagen vielfach Pachtverträgen mit entsprechenden Fristen unterliegen. Wir können die Frage deshalb nicht pauschal, sondern immer nur im Einzelfall beantworten. Fest steht jedoch für uns, dass wir im Fall einer Nutzung von Kleingärten für andere Zwecke eine geeignete Ersatzfläche bereitstellen müssen und dass dies in Kooperation mit den Betroffenen geschieht.**

**16. Anfang Dezember hat der Hamburger Senat ein großes Klimaschutzpaket angekündigt. Auch der Bezirk Altona hat im Oktober 2019 bereits entsprechende Beschlüsse auf den Weg gebracht, mit denen er sich verpflichtet, „alle baulichen Maßnahmen des Bezirks [...] hinsichtlich ihrer Auswirkungen aufs Klima“ zu überprüfen und Lösungen zu bevorzugen, „die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken“.<sup>2</sup> Kleingärten**

**kommen diesbezüglich eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Kleingärten als integralen Bestandteil des innerstädtischen Grüns zu erhalten?**

Mit dem „10.000er-Vertrag“ hat Hamburg eine einvernehmliche Regelung, die die Anzahl der Kleingärten in Hamburg sicherstellt. Zu dem stehen die Grünen nach wie vor ohne „Wenn und Aber“. Hamburg braucht zu seiner zukunftsfähigen Entwicklung auch Flexibilität in der Flächendisposition. So wie aktuell Gewerbeflächen in Wohnungsbauflächen umgewandelt werden, so muss es gesamtstädtisch betrachtet möglich sein, auch andere Nutzungen zu verändern. An den Orten, wo absehbar der städtebauliche Kontext nicht veränderbar ist, eine Bebauung oder anderweitige Nutzung nicht sinnvoll oder möglich ist, sollten Kleingärten auch planungsrechtlich über Bebauungspläne festgeschrieben werden. Dies ist z.B. im Bezirk Altona und auf dem neuen A7-Deckel geschehen.

Für dieses Ziel würden wir im Rahmen der bereits aufgezeigten Ideen und Möglichkeiten zusammen mit jeder demokratischen Partei streiten. Allerdings sind unsere Hoffnungen diesbezüglich wenig erwartungsvoll. Hat doch die Grüne Umweltsenatorin Anja Hajduk im Rahmen des Schwarz-Grünen Senats 2009 das auch damals von uns unterstützte Bürgerbegehren zum Erhalt der Altonaer Kleingärten evoziert und die Kleingarten- und Sportplatzflächen zu Verwertungsflächen für den Autobahndeckelbau erklärt. Dass die Finanzierung des Deckels nicht aus Bundes- oder Landesmitteln, sondern ausschließlich durch den Verkauf der Altonaer Kleingärten möglich geworden sei, ist völlig absurd, wird aber weiterhin behauptet.

Siehe oben

Die CDU Hamburg sieht Kleingärten als klimapolitisch relevante Institutionen an, welche es auf Grund ihrer immensen ökologischen Bedeutung zu erhalten und zu fördern gilt. Kleingärten sind in ökologischer Hinsicht nicht hoch genug einzuschätzen. Sie bieten Lebensräume für verschiedenste Kleinst- und Kleinlebewesen, ermöglichen eine vielfältige Flora und tragen durch pflanzenbedingte CO<sub>2</sub>-Reduktion und Frischluftschneisen immens zur Verbesserung der Luftqualität und des städtischen Klimas bei. Aus diesem Grund dürfen Kleingärten und ihre Nutzer von der Politik nicht länger übersehen werden. Als CDU Hamburg wollen wir das Kleingartenwesen daher – auch unter klimapolitischen Gesichtspunkten - wieder stärker in den Fokus politischen Handelns rücken.

Gegen die Bereitstellung ortsnaher Ersatzflächen können auch Kleingärten als Wohnungsbauflächen genutzt werden. Dabei muss die ökologische Funktion von Kleingartenflächen berücksichtigt werden.

**17. Werden Sie sich darüber hinaus dafür einsetzen, in Altona zu den bestehenden Kleingärten neue, wohnortnahe Gartenflächen zu schaffen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen soll dies erfolgen?**

s. Antwort zu 2, 3 und 4.

Die Voraussetzung wären weitgehend von der Bezirkspolitik festzulegende Bebauungspläne, in denen planrechtlich Grünflächen definiert würden. Das hätte vor allem bei Umstellungsflächen wie dem ehemaligen Güterbahnhof hin zur Neuen Mitte oder der Holstenbrauerei zum Holstenquartier der Fall sein können, wurde dort aber

nicht umgesetzt. Nun werden die Möglichkeiten angesichts von Flächenpotentialen immer geringer.

Zwischen der Stadt Hamburg und dem Landesbund der Gartenfreunde in Hamburg e. V. (LGH) besteht eine vertragliche Vereinbarung darüber, dass für z. B. durch Wohnungsbau oder Schulbau wegfallende Kleingärten Ersatzgärten auf Kosten der Stadt hergerichtet werden müssen. Darauf hat der LGH einen Anspruch. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der vertragliche Anspruch auch in Zukunft erhalten bleibt. Im Übrigen hat die Stadt mit dem LGH vereinbart, dass Kleingärten insbesondere wohnortnah geschaffen werden. Das gilt auch im Rahmen von größeren Wohnungsneubaumaßnahmen.

Als CDU Hamburg setzen wir uns für den Erhalt von Grün-, Park- und Gartenflächen in Wohnortnähe ein. Grün- und Naherholungsflächen, zu denen insbesondere Kleingartenanlagen zu zählen sind, müssen stadtentwicklungspolitisch von Anfang an mitgedacht und, soweit möglich, in Wohnortnähe erhalten werden. Der Ausgleich zwischen versiegelten Flächen einerseits und Flächen für Naherholung und Freizeitgestaltung in der Natur andererseits muss gewahrt bleiben. Um dem stetigen Bevölkerungszuwachs dabei gerecht zu werden, sind jedoch künftig auch innovative Lösungswege zu beschreiten. Aus diesem Grund ist es der CDU Hamburg wichtig, künftig - auch in Altona - wohnortnahe Garten- und Grünflächen dauerhaft zu sichern, für ihre Nutzer zu erhalten und neue Garten- und Grünflächen - wenn nötig, im Wege innovativer Gestaltungsformen, wie dem „roof gardening“ - in Wohnortnähe zu schaffen, sofern dies im Einzelfall stadtplanerisch möglich und sinnvoll ist.

Vgl. Nr. 1-5. Zusätzlich sollten im Rahmen von Stadtentwicklungsprojekten auch Flächen für Urban Gardening geschaffen werden.

**18. Wie wird Ihr konkretes Engagement für die Kleingärten im Gebiet Ottensen/Othmarschen aussehen?**

Die Planungen in diesem Gebiet obliegen der bezirklichen Planungshoheit und sind dementsprechend keine Angelegenheit der Landesebene. Bezüglich der „Deckelflächen“ die in der Hoheit der Landesebene liegen, gilt der Kompromiss zum A7-Deckel und die vorhandene Vertragslage mit den Kleingärtner\*innen, an denen nur im Einverständnis mit diesen „gerüttelt“ werden kann.

Vorrangiges Ziel muss wenigstens der Erhalt der noch bestehenden Grünflächen sein - nicht nur in den Elbvororten und den Feldmarken in Osdorf und Sülldorf, sondern vorrangig im Altonaer Kerngebiet. Angesichts des von der Senatspolitik verfolgten Konzepts der Wachsenden Stadt kann unsere Partei dies allerdings nur im Zusammenwirken mit den betroffenen Menschen vor Ort bewegen und vielleicht im Sinne der Altonaer\*innen sowie des Klimaschutzes voranbringen.

Die zuständigen Senatsbehörden stehen seit einiger Zeit in Verhandlungen mit dem LGH und dem betroffenen Kleingartenverein. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende vertragliche Vereinbarungen eingehalten werden und dass eine Lösung nur einvernehmlich erreicht werden kann.

CDU: keine Antwort

Wenn Flächen aus stadtentwicklungspolitischen Gründen nach Abwägung aller Aspekte nicht erhalten werden können, setzen wir uns für Ersatzmaßnahmen ein.